


Sachsen-Zeitung

Nationales Tageblatt für Land-  wirtsch. Bürgertum und Beamte

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,75 Mark, bei Postbestellung 3,00 Mark. Einzelnummern 15 Pf. (für den Rücktritt des Senats) 29 586 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerchaft auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben, die innerhalb von 45 Tagen stattfinden müssen.

Nr. 6 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag, 8. Januar 1924

Bersöhnliche, aber ablehnende französische Antwort.

Was der „Temps“ verrät...
(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Paris, 6. Jan. Der französische „Temps“ ist in der Lage, den Inhalt der französischen Antwort an Deutschland auszuliefern. Auch der belgische Text ist ihm bekannt. Beide werden in versöhnlichem Tone und Geiste gehalten sein, aber in den bedeutungsvollen Fragen „sehr fest“ ausfallen.

Der Inhalt der französischen Antwort wird vom „Temps“ folgendermaßen skizziert: Die französische Antwort gebe Punkt für Punkt auf die deutsche Note ein. Unter den deutschen Forderungen, die alle darauf ausgehen, gewisse Rechte im besetzten Gebiet wieder zu erhalten, seien einige, die eine gewisse Genehmigung hervorzuheben, und alle werden weiterhin in Betracht gezogen werden müssen.

Eine andere Reihe deutscher Forderungen seien „im Augenblick nicht annehmbar“. Gewisse deutsche Forderungen erforderten hingegen direkte Unterhaltungen zwischen den Alliierten und den lokalen Behörden. All dies, so heißt es in dem „Temps“-Artikel, sei ein wenig spröde und es bestimme sich, was gleich vorherzusehen war: Die deutsch-französischen Verhandlungen können, auf administrative, finanzielle und Zollfragen beschränkt, kaum fortgehen. Frankreich habe den Eindruck, daß man ihm seine Pfänder wegnehmen wolle, ohne ihm irgendeine Gewissheit für Zahlungen zu geben. Deutschland habe dagegen den Eindruck, daß man es zwinge, die bestehenden Abmachungen anzuerkennen, ohne ihm irgendeine Aussicht auf Befreiung zu eröffnen.

Es wäre besser, wenn man die Debatte erweiteren oder sie an einem anderen Ende anfasse.

Nichts hindere Frankreich oder Belgien daran, mit Deutschland alles zu prüfen, was mit der Zahlung der Reparationen zusammenhängt. Deutschland habe hierüber ja auch schon des öfteren mit England gesprochen. Bei Behandlung dieser Frage mit der deutschen Regierung würde die französische Regierung darauf bedacht sein, daß die Rechte der anderen Gläubiger gewahrt würden. Entscheidungen könnten natürlich nur in dem vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Formen erfolgen. Deutschland könnte auch mit Frankreich gewisse Probleme besprechen, die nur die beiden Länder als solche interessieren. Es ist doch wohl nötig, meint der „Temps“, daß man dazu kommt, über einen deutsch-französischen Handelsvertrag in Verhandlungen zu treten.

Heute Reichs-Rabinettsitzung! Tagesordnung: „Thüringen“.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Januar. Im Laufe des heutigen Nachmittags findet eine Vollsitzung des Reichskabinetts statt. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe laufender Angelegenheiten zur Beratung, die sich in der letzten Zeit angesammelt haben. Bezüglich Thüringens wird nach Abschluß der Besprechungen voraussichtlich im Zusammenhang über die Vorgänge, die zu den Verhandlungen in Weimar geführt haben, amtlich berichtet werden.

Kommunistische Abgeordnete als Zechpreller.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Personen festgenommen, die in einem Kaffee ihre Zechen nicht bezahlt hatten. Sie leisteten heftigen Widerstand und beschimpften die Polizeibeamten. Sie wurden festgestellt als der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Neumann und der kommunistische Reichstagsabgeordnete Heinrich Maltzahn.

Volkssentscheid in Lübeck.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Lübeck, 6. Jan. Bei dem heutigen Volkssentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden von 84 462

Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hierdenn entschieden auf Nein (für Verbleiben des Senats) 44 151, auf Ja (für den Rücktritt des Senats) 29 586 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerchaft auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben, die innerhalb von 45 Tagen stattfinden müssen.

Waffenlieferung Amerikas an die Mexikaner.

Newport, 7. Jan. Beauftragte des mexikanischen Rebellenführers dela Huertas sind in New Orleans eingetroffen, um ihrerseits, nachdem die amerikanische Regierung Waffenkäufe an den Präsidenten Obregon erlaubt hat, Munition und Kriegsmaterial für Rechnung der Aufständischen einzukaufen.

Venizelos erkrankt.

Athen, 7. Januar. Venizelos wurde gestern bei Ausgang der Kammer Sitzung von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und konnte zu Hause keine Besuche empfangen.

Wegen Heze gegen die Reichswehr verurteilt.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Königsberg, 7. Jan. Vor der Königsberger Strafkammer kamen die bekannten blutigen Vorgänge in Königsberg vom 11. Juni 1922 anlässlich der Anwesenheit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zur Verhandlung. Angeklagt war der frühere Redakteur der „Noten-Zeitung“, Friedrich Hübner, wegen Beleidigung der Reichswehr. Das Gericht erkannte den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Berliner Vorbörse von heute.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Berlin, 7. Jan. (Telunion.) Die ruhige Haltung der Markt an den Auslandsbörsen übte auch bei Wochenbeginn einen beruhigenden Einfluß auf das inländische Börsengeschäft aus. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hält sich in den durch den Einfuhrbedarf gegebenen Grenzen. Aus privaten Händen kommen noch immer ziemlich erhebliche Devisenbeträge zum Verkauf. Bei den Banken liegen immerhin beträchtliche Kaufordere für die „Effeitenbörsen“ vor, so daß mit einer ziemlich leichten Tendenz zu rechnen ist. Weimarsitzung unverändert.

Sonder-Rindler als Diet.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Wiesbaden, 7. Jan. In den letzten Zeitungen wurde der letzte, bei dem Geldreau, „Wanderer“ beteiligte festgenommen. Hinter Schloß „Litzel“ gebracht wurden noch 7 Separatisten, die im Regierungsgebäude große Mengen Briefpapier und Umschläge gestohlen hatten.

Herr v. Hoersch fährt nach Berlin.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Stg.“)
Paris, 7. Jan. Chicago Tribune behauptet, daß Herr v. Hoersch Dienstag oder Mittwoch nach Berlin reisen wird, um mit Dr. Stresemann über politische Fragen zu verhandeln. (An Berliner zuständiger Stelle wird die Möglichkeit einer solchen Reise des Herrn v. Hoersch bestätigt. — M.-Redaktion.)

Vor Unterzeichnung eines französisch-jugoslavischen Bündnisses.

Aus Belgrad wird berichtet: In offiziellen Kreisen wird verlautet, daß ein franco-jugoslavischer Vertrag nach denselben Gesichtspunkten, wie der franco-italieno-slovakische Vertrag in unmittelbarer Zukunft zur Unterzeichnung gelangen wird.

Reichseinheit u. Staatenbund

„Der Väter Traum“ — das war 1848 die Reichseinheit des unter Napoleons Schlägen zertrümmerten Deutschland. 1848 wurde sie nicht erreicht, trotz idealistischer Opfer, weil man diese Ideen durchzuführen wollte über die wirklichen Mächte hinweg. Unwillkürlich hat Friedrich Wilhelm IV. das Richtige getroffen mit seinen Worten, die er zu der Frankfurter Kaiserdeputation sprach, als sie ihm die Krone eines neuen Deutschlands anbot: „Keine Herren, Sie verfluchen aber etwas, was Ihnen gar nicht gehört.“ Bis

den, Wadert usw. Wie er entstanden, ob er wirklich nur einen deutschen Stamm umschloß, war gleichgültig, weil der Herrscher in jedem Lande die stärkste Zusammenfassung des Einzelstaates bedeutete. Das hat Bismarck eben berücksichtigt, zumal bei der Stellung Preußens als Vormacht im Reich gewisse Gegensätze, die ja vier Jahre vorher noch blutig ausgetragen worden waren, geschont werden mußten. Und es ist eine der Großtaten Bismarcks, daß der in bezug auf sein Königtum empfindlichste bayerische Herrscher, Ludwig II., es war, der den berühmten Brief an König Wilhelm gerichtet hat mit der Aufforderung, der äußeren Einheit des Reiches die innere Einheit durch Übernahme der Kaiserwürde zu geben.

Die Ideen des November 1918 waren andere. Das Kaiserium war dahin, die Armee, ein der stärksten Bänder, die das Reich umschloß, war gleichfalls dahin und an beider Stelle trat der Gedanke des „Deutschen“ schlechthin. Das war aber ein theoretischer Gedanke, erinnernd an das Frankfurt von 1848, und charakteristisch ist es, daß ein Frankfurter Professor, Preuß, im Januar 1919 eine Verfassung für das neue Deutschland schuf, welche die Selbstständigkeit der Länder einschränkte und sie gleichsam zu Verwaltungsbezirken der Reichsregierung umformte. Es war eine atomistische Staatsauffassung, der Gedanke der Gleichheit aller ohne Rücksicht auf das historisch Gewordene, jene Staatsauffassung, die letzten Endes von Rousseau ausging. Sie trat in den Kampf mit der organischen Auffassung, die nur das historisch Gewordene als Wirklichkeit ansah. Und sie schien zu siegen. Aber nur für einen Augenblick, denn der stärkste Widerspruch erfolgte von Bayern, was zwar nicht merkwürdig gewesen wäre, es aber dadurch wird, daß der Träger eines geradezu ultimativen Widerstandes gegen die starke Betonung der Reichseinheit der Sozialdemokrat Eisner als Ministerpräsident war.

Die Weimarer Verfassung war nun ein Kompromiß: man ließ den Ländern eine gewisse Selbstständigkeit auf gewissen Gebieten, aber sie waren in der Hauptsache doch zu Ausführungsorganen der Reichsregierung geworden. Die Reichsregierung ihrerseits ist aber nun Beauftragte des Reichstages, so daß also der Reichstag, dessen Wahlrecht nun rein atomistisch ist, nicht nur zum stärksten Träger der Reichseinheit, sondern letzten Endes zum alles entscheidenden Faktor wurde. Von einer Finanzkraft der Länder, also von der Grundlage jeder Selbstständigkeit, war kaum noch die Rede, sie waren zu Kostenträgern des Reiches geworden.

Gegen diese Entwicklung richtet sich nun eine große Denkschrift der bayerischen Regierung, die man soeben der Reichsregierung überreicht hat, und der letzten Endes der Kampf zwischen jener organischen und dieser atomistischen Staatsauffassung zugrunde liegt. Bayern will zurück zum Föderalismus, will eine Neugrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Einzelstaaten und will ein Recht der verstärkten Anteilnahme an der Willensbildung des Reiches den Einzelstaaten eingeräumt wissen. Dafür ist das Entscheidende die Forderung, den Reichsrat, also die Vertretung der Länder, als Gesetzgebungsfaktor dem Reichstag gleichzusetzen, ihm sogar darüber hinaus die verfassungsrechtliche Stellung des früheren Bundesrats zu geben. Dem Reich sollen nur jene Aufgaben vorbehalten bleiben, bei denen eine einheitliche Regelung eine Verbesserung bedeutet, und die Denkschrift macht eine Reihe von Vorschlägen hinsichtlich einer dementsprechenden Behandlung der verschiedenen Verwaltungsaufgaben. Aber diese Einzelheiten wird man diskutieren können, da sie ja als reine Zweckmäßigkeitsfragen aufgefaßt werden sollen. Das Entscheidende liegt eben im Schlußsatz der Denkschrift, daß den Ländern wieder jener Staatsbegriff zugesprochen werden muß, der ihnen durch die Bundesverträge von 1870 gewahrt geblieben war. Bayern steht auf dem Standpunkt, daß der Gedanke der nationalen Einheit, der im Reich seine staatliche Verkörperung erfahren hat, durch die Rückkehr zum Föderalismus Bismarcks seinen Abbruch erleide. Und mit dieser nationalen Einheit siehe es nicht im Widerspruch, wenn die staatsrechtlichen Darstellungsformen erhalten bleiben, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben.

Theorien und Prinzipien sind nie das Letzte, haben uns vielmehr in unserer geschichtlichen Entwicklung, die nun einmal anders gewesen ist als in Frankreich und England, allzu oft und allzu viel geschadet. Der Gedanke der deutschen Einheit ist aber etwas Wirkliches diesseits und jenseits des Rheins; darum wird eine ruhige Diskussion darüber möglich sein, wie wir uns unter diesem gemeinsamen Dach einrichten wollen.

Dr. W.

Worte der Zeit!

„An acht Wochen — so schreibt Dr. A. in seiner „Eröffnungsbilanz“ (Wochenschau der „Leipziger Neuesten Nachrichten“) — ist die Leipziger Frühjahrsmesse. Bis dahin muß das Plus der deutschen Preise gegenüber dem Weltmarktniveau unbedingt getilgt sein, damit der Export wieder erwacht. Denn Export bedeutet Devisenzugang und dieser unmittelbare Stärkung der Währungsreform!“